

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHEN BERICHT

33. Jahrgang

Berlin, den 20. Mai 1966

A 22127 C

Nummer 20

Die internationale und die westdeutsche Wirtschaftslage Mitte Mai 1966

Die internationale Situation

Unterschiede in der konjunkturellen Entwicklung bestimmen weiterhin die Rangordnung der wirtschaftspolitischen Aufgaben in den einzelnen Industrieländern der westlichen Welt. Während zahlreiche Volkswirtschaften eine übermäßige Ausdehnung der inländischen Nachfrage zu verhindern suchen, stehen für Großbritannien die außenwirtschaftlichen Probleme noch immer im Vordergrund. In den Ländern wie Frankreich und Italien, die noch über reichlichen Expansionsspielraum verfügen, bemühen sich die Regierungen darum, vor allem die private Investitionstätigkeit anzuregen.

In den Vereinigten Staaten von Amerika haben die verantwortlichen Instanzen ihren restriktiven kreditpolitischen Kurs fortgesetzt, sich bis jetzt jedoch weiterer dämpfender Maßnahmen enthalten. Allerdings stellt sich nunmehr die Frage ob nicht doch Steuererhöhungen angebracht wären, um die binnenwirtschaftliche Nachfrageexpansion zu bremsen. Die militärischen Ausgaben haben in letzter Zeit dem Wachstum der amerikanischen Wirtschaft die stärksten Impulse gegeben. Das nominale Bruttosozialprodukt hat im Vergleich zum vierten Quartal 1965 bei leicht abgeschwächter realer Zuwachsrate unverändert stark zugenommen (auf Jahresbasis 9,5 vH). Wenn die Planungen eingehalten werden, dürften die militärischen Ausgaben nach der Jahresmitte nur noch geringfügig steigen. Während die Expansion der Staatsausgaben erwartet worden ist, hat die starke Zunahme der Verbrauchsausgaben überrascht. Die privaten Haushalte haben auf die zusätzliche Belastung ihrer Einkommen durch Sozialabgaben mit einer Verminderung ihrer Spartätigkeit reagiert und damit Auswirkungen auf den Verbrauch mehr als ausgeglichen; die Sparquote fiel auf den niedrigsten Stand seit Anfang 1963. Allerdings hat sich bei den Automobilkäufen in jüngster Zeit eine leichte Zurückhaltung bemerkbar gemacht, die zu einer gesamtwirtschaftlich zur Zeit erwünschten Verlangsamung im Wachstum der Verbrauchsausgaben führen könnte. Die Aufwendungen für private Anlageinve-

stitutionen haben ihren Anstieg ebenfalls verstärkt fortgesetzt.

Die Lohnsteigerungen sind bei fast unveränderten Produktivitätsfortschritten mäßig. Dagegen liegen wegen starker Verteuerungen der landwirtschaftlichen Produkte die Großhandelspreise gegenwärtig um fast 4 vH, die Lebenshaltungskosten um rund 3 vH über dem Vorjahrsniveau. Die Preise dürften weiter fühlbar anziehen, wenn sich nicht bei den landwirtschaftlichen Produkten die Preisberuhigung durchsetzen sollte, die sich in den letzten Wochen zaghafte angekündigt hat.

In Großbritannien expandiert die Wirtschaft weiterhin nur mit einer jährlichen Zuwachsrate von 1—2 vH. Dennoch ist die Arbeitsmarktlage nach wie vor angespannt. Die britische Regierung stand bei der Aufstellung des Budgets für das Fiskaljahr 1966/67 vor dem Problem, entweder bei verstärkter restriktiver Politik die Gefahr einer Rezession heraufzubeschwören, oder bei einem wirtschaftspolitischen Kurswechsel das Außenwirtschaftsdefizit und die Arbeitskräfteknappheit noch zu vergrößern. Diesem Dilemma versucht die Regierung dadurch zu entgehen, daß sie über eine neue „pay-roll tax“, die vom Herbst 1966 an erhoben wird, dem Einkommenskreislauf Mittel entzieht, gleichzeitig aber der verarbeitenden Industrie Produktionsanregungen gibt. Die „pay-roll tax“, die auf den Arbeitsplatz bezogen ist, muß von den Arbeitgebern aller Sektoren entrichtet werden; jedoch erhält die verarbeitende Industrie — ebenfalls arbeitsplatzbezogene — Zuschüsse, die größer sind als die ihr zusätzlich auferlegte Steuer.

Die neue Steuer soll bewirken, daß im Dienstleistungsbereich „gehortete“ Arbeitskräfte entlassen werden, die dann für einen Einsatz in der verarbeitenden Industrie zur Verfügung stünden. Gegenwärtig unterbleibt aber in der britischen Industrie eine stärkere Produktionsausweitung offensichtlich nicht aus Mangel an Arbeitskräften, sondern infolge der unzureichenden Nachfrage; Arbeitskräfte werden auch in diesem Bereich gehortet,

weil die Unternehmer bei einem Aufschwung zunehmende Arbeitsmarktverengungen befürchten und deshalb eher auf mögliche Produktivitätsfortschritte verzichten. Ein solches Verhalten wird durch die Subventionierung des Arbeitsplatzes noch gefördert. Immerhin werden die für den Herbst vorgesehenen Maßnahmen die Stückkosten in der verarbeitenden Industrie senken und damit die Exportchancen erhöhen. Etwa zur gleichen Zeit soll der Sonderzoll auf Importe abgeschafft werden. Der Versuch, die Handelsbilanz durch Verbilligung der Exporte zu aktivieren, verspricht eher Erfolg als die bisherigen Bemühungen, die Außenwirtschaftslage durch Verteuerung der Importe zu verbessern.

Im Gegensatz zu Großbritannien ist in *Frankreich* die außenwirtschaftliche Situation günstig. Die Zahlungsbilanz schloß 1965 mit dem höchsten Überschuß seit drei Jahren ab. Die Exportaussichten sind so gut, daß in nächster Zeit nicht mit größeren Handelsbilanzdefiziten zu rechnen ist, obwohl die steigende Inlandnachfrage nunmehr einen kräftigen Importsog auslöst; die Einfuhr stieg in den ersten vier Monaten d. J. gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit um 14 vH. Der zu erwartende weitere Anstieg der inländischen Nachfrage, zu dem nun auch wieder die private Investitionstätigkeit beiträgt, trifft auf ein elastisches Angebot, so daß trotz neuerlicher Preislockerungen noch keine wesentlichen Preiserhöhungen zu befürchten sind. Gegenwärtig läßt die außen- und die binnenwirtschaftliche Situation der Regierung also Spielraum für die Verfolgung des langfristigen Ziels, den französischen Produktionsapparat zu erweitern und zu rationalisieren. Von den im April dieses Jahres beschlossenen Investitionsanregungen darf man sich allerdings noch keine allzu großen Wirkungen versprechen: Überwiegend ist die Gewährung eines Steuernachlasses in Höhe von 10 vH der Kaufsumme davon abhängig, daß die Investitionen eine fiskalische Abschreibungsdauer von mindestens 8 Jahren haben. Doch ist aus einkommenspolitischen Gründen eine vorsichtige Dosierung der Investitionsanreize, die ja zunächst einmal die Gewinneinkommen begünstigen, angebracht; die Regierung hat es ohnehin schwer, den — durch massive Streiks unterstützten — Forderungen der Gewerkschaften im öffentlichen Sektor den nötigen Widerstand entgegenzusetzen und eine Ausbreitung der Arbeitsunruhen auf den privaten Sektor zu verhindern.

In *Italien* ist unter dem Einfluß der staatlichen Förderungsmaßnahmen sowie der öffentlichen Anlagetätigkeit die Kapazitätsausnutzung gestiegen; die Unternehmererwartungen sind optimistischer geworden, so daß die Nachfrage nach Investitionsgütern fühlbar angezogen hat. Sollten sich die jüngsten Lohnforderungen auf breiterer Front durchsetzen lassen, kann mit einer leichten Beschleunigung auch der inländischen Verbrauchernachfrage gerechnet werden. Noch immer ist der Export — neben der öffentlichen Nachfrage — ein bedeutender Wachstumsfaktor; er begünstigt gegenwärtig vor allem die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien. Auf der anderen Seite hat die konjunkturelle Belebung zu einem verstärkten Anstieg der Importe geführt, der entscheidend dazu beigetragen hat, das Preisniveau stabil zu halten. Der Bausektor erholt sich nur zögernd, doch hat eine verstärkte Wohnbautätigkeit der öffentlichen Hand eingesetzt, und auch die Ankündigung der stufenweisen Lockerung des Mietensstopps dürfte in Zukunft ihren Einfluß auf die private Bautätigkeit nicht verfehlen.

Die Lage in Westdeutschland

Die am Jahresbeginn von der Bundesbank geäußerte Vermutung, daß die Phase der starken Liquiditätsverknappung ihr Ende gefunden habe, hat sich nicht bestätigt. Die Notenbank hatte zwar auch Anfang des Jahres keinerlei Zweifel daran gelassen, daß sie die Restriktionen so lange aufrechterhalten will, wie die Spannungen auf dem Arbeitsmarkt anhalten; sie hatte aber gleichzeitig darauf hingewiesen, daß die Marktkonstellation, vor allem die Außenwirtschaftsentwicklung, keine Verschärfung der monetären Situation erwarten lasse.

Tatsächlich hat sich die Liquiditätssituation im ersten Quartal dieses Jahres wiederum fühlbar verschlechtert. Die Tendenz zu einer Vergrößerung der Überschüsse im Warenverkehr mit dem Ausland hielt zwar an; da sich jedoch der Passivsaldo der Dienstleistungsbilanz erheblich verstärkte, nahm das Defizit in der Bilanz der laufenden Posten nochmals nennenswert zu. Auch die saisonübliche Umkehr der Kapitalbilanz, die in den ersten Monaten wieder passiv wurde, schränkte die Liquidität der Banken ein. Von der Zahlungsbilanz ging somit erneut ein stark konstruktiver Einfluß aus. Die Liquidität der Banken wurde ferner dadurch belastet, daß die öffentliche Hand in besonders hohem Umfange Nettoguthaben beim Zentralbanksystem bildete. Von Ende Dezember vorigen Jahres bis Ende März dieses Jahres nahmen die Liquiditätsreserven der Banken um schätzungsweise 2 Mrd. DM ab, während sie sich in den entsprechenden Perioden der drei vergangenen Jahre um 700 bis 900 Mill. DM erhöht hatten.

Die anhaltende Einengung der Bankenliquidität hat zu erheblichen Strukturveränderungen im Aktivgeschäft der Banken geführt: Während sich die Expansion der langfristigen Anlagen abschwächte, verstärkte sich das Wachstum der mittelfristigen Bankkredite in außergewöhnlichem Tempo. Der geringere Zuwachs der langfristigen Bankkredite war in erster Linie auf den nachlassenden und seit September vergangenen Jahres praktisch stagnierenden Wertpapiererwerb der Kreditinstitute zurückzuführen. Die Zuwachsrate der langfristigen Bankkredite verringerte sich von 14,7 vH im September 1965 auf 13,2 vH im Februar dieses Jahres. Dagegen verstärkte sich in der gleichen Zeit die Zuwachsrate der mittelfristigen Bankkredite von 15,9 vH auf 21,6 vH.

Die starke Erhöhung des Kapitalzinses hat sich in erster Linie in jenen Bereichen dämpfend ausgewirkt, die weitgehend auf langfristige Mittel angewiesen sind und auf Zinssteigerungen mit einer Verringerung der Nachfrage nach Krediten reagieren. So haben die Kreditzusagen der Kapitalsammelstellen für die Finanzierung des Wohnungsbaus im Zuwachs stark nachgelassen. Am stärksten wurde die Entwicklung der von den Pfandbriefinstituten erteilten Zusagen beeinträchtigt; diese bewegen sich schon seit längerem unter dem Vorjahrsniveau. Auch die Sparkassen haben als Kreditgeber für den Wohnungsbau an Bedeutung verloren; ihre Kreditzusagen stagnieren seit Herbst vorigen Jahres nahezu. Diese Entwicklung dürfte insbesondere auf den weiterhin gestiegenen Hypothekenzins, aber auch auf die beträchtliche Abschwächung im Zuwachs der Spareinlagen in den letzten Monaten zurückzuführen sein. Auch bei den Kreditzusagen der Bausparkassen scheint sich in den ersten Monaten dieses Jahres eine Verlangsamung des Zuwachses abzuzeichnen. Zwar haben insbesondere die privaten Versicherungen ihre Hypothekarkredite für

den Wohnungsbau in der letzten Zeit verstärkt, das reichte jedoch nicht aus, um den Ausfall der anderen Institute auszugleichen.

Es ist somit fraglich geworden, ob der im Rahmen der vorhandenen Kapazitäten der Bauwirtschaft einschließlich der Arbeitskräfte mögliche Zuwachs an Wohnbauinvestitionen von rund 6 vH in diesem Jahr erreicht werden wird. Dies würde nämlich eine Zunahme der Kreditzusagen von etwa 9 bis 10 vH voraussetzen; aufgrund der gegenwärtigen Kapitalmarktsituation erscheint das als ausgeschlossen.

Auch die gewerbliche Wirtschaft wird in ihren Investitionsvorhaben durch die monetäre Restriktion jetzt zunehmend gehemmt. Im vergangenen Jahr konnte sie zur Finanzierung zusätzlicher Investitionen bei verringertem Aufkommen an eigenen Mitteln zwar nicht auf langfristige, dafür aber in erheblichem Umfang auf mittelfristige Kredite zurückgreifen. Der außergewöhnlich starke Zuwachs der vor allem der Industrie gewährten mittelfristigen Kredite im vergangenen Jahr war jedoch eine Ausnahmeerscheinung. Bei der inzwischen fast zwei Jahre andauernden Restriktionsperiode sind die Möglichkeiten der Kreditinstitute, der Industrie mittelfristige Kredite in bisherigem Umfang bereitzustellen, weitgehend erschöpft. Für eine Normalisierung ist daher eine Entlastung des Kreditapparates erste Voraussetzung. Kommt diese Entlastung nicht zustande, weil die restriktive Politik fortgesetzt wird, muß es zu Finanzierungsschwierigkeiten kommen, die eine über das notwendige Maß hinausgehende Drosselung auch der gewerblichen Investitionsvorhaben zur Folge hätten.

Infolge der Einengung des Finanzierungsspielraumes und infolge der Zinserhöhung für fremde

Mittel hat sich das Bestreben der Wirtschaft, ihre geschrumpften eigenen Mittel durch Preiserhöhungen anzureichern, in jenen Bereichen der Industrie verstärkt, deren Marktposition — etwa die der Automobilindustrie — trotz allgemeiner Konjunkturdämpfung Preissteigerungen noch zuläßt. Auch wenn es sich hier nur um partielle Erscheinungen handelt, die im Anstieg des allgemeinen Preisniveaus kaum ihren Niederschlag finden, so tragen diese Tendenzen doch nicht zur Abkühlung des Preisklimas bei. Als eine der Folgen der monetären Restriktion sind sie natürlich ebenso unerwünscht wie die durch die Zinskostensteigerungen schon seit längerem mitverursachten Mieterhöhungen.

Die gegenwärtig auf das äußerste angespannte Liquidität der Banken läßt keine in Kürze bevorstehende Entlastung erkennen. Hieran werden auch die Verstärkung der Ausfuhr bzw. die größer werdenden Überschüsse der Warenbilanz nichts ändern. Die Beschleunigung der Ausfuhr setzte zwar diesmal — im Gegensatz zu früheren Phasen schwacher Binnenkonjunktur — relativ frühzeitig ein, aber ihre Intensität ist zu gering, um der heute unbefriedigenden Investitionsneigung zusätzliche Impulse zu geben. Da der Passivsaldo der laufenden Posten, wie der hohe Passivsaldo der Dienstleistungsbilanz und der Übertragungen, mit großer Wahrscheinlichkeit auf absehbare Zeit größer sein werden als der Aktivsaldo der Warenbilanz, wird der kontraktive Effekt der außenwirtschaftlichen Beziehungen bestehen bleiben. Eine Lockerung der kreditpolitischen Zügel trifft daher unter dem Aspekt eines erneuten „Inflationsimportes“ selbstverständlich auf keinerlei Bedenken; aus binnenwirtschaftlichen Gründen ist sie dringend geboten.

Marktkonforme Konsolidierung des Absatzes westdeutscher Steinkohle

In der Energiedebatte des Bundestages vom 16. März dieses Jahres hat die Bundesregierung ein erweitertes energiepolitisches Programm vorgelegt. Dennoch ist eine Reihe von energiewirtschaftlichen Fragen nach wie vor offen. Ein zentrales Problem bildet die Anpassung der Förderung des westdeutschen Steinkohlenbergbaus an die Absatzentwicklung. Seit 1964 ist deutlich geworden, daß trotz einer Reihe von Maßnahmen — strenge Kontingentierung der Einfuhr von US-Steinkohle, Erhebung und Verlängerung der Heizölsteuer, insbesondere aber auch die Einrichtung des Rationalisierungsverbandes — der Steinkohlenabsatz weiter rückläufig ist, und daß die Zurücknahme der Steinkohlenförderung mit der Absatzverminderung nicht Schritt halten konnte. Diese Tendenz hält an, wie weitere Feierschichten und wachsende Haldenbestände an Steinkohle und Steinkohlenkoks (Ende März 1966 19 Mill. t gegenüber 15,4 Mill. t Ende 1965) zeigen. Dabei erstreckt sich die Absatzminderung weitgehend proportional auf kostengünstig und kostenungünstig fördernde Zechen, wofür zum Teil die bestehende Form der Verteilung der Absatzquoten beim Steinkohlenverkauf verantwortlich ist. Eine Anpassung der Förderung an den schwindenden Absatz wirft damit die Frage auf, ob und in welcher Höhe der Absatz deutscher Steinkohle konsolidierbar ist.

Nach den im DIW erstellten Prognosen können 1970 in den einzelnen Abnehmerbereichen unter bestimmten Voraussetzungen die folgenden Mengen abgesetzt werden (in Mill. t):

Inländischer Absatz	
1. Eisenschaffende Industrie, Gießereien, Kalkschachtöfen . .	26
2. Kraftwirtschaft	39 2)
3. Übrige Verbraucher ¹⁾	12
Export	
1. Steinkohle	10
2. Kokseinsatzkohle für Koksexport	13
Absatz, insgesamt	100

¹⁾ Übrige Industrie, Verkehr, Deputate, Zechenselbstverbrauch, Haushalts- und Kleinverbrauch. — ²⁾ Entsprechend dem Plan der Bundesregierung.

Insgesamt erscheint 1970 demnach eine Förderung von rund etwa 100 Mill. t als absetzbar, so daß gegenüber der heutigen Förderkapazität von jährlich 125 bis 130 Mill. t Stilllegungen von 25 bis 30 Mill. t erfolgen müßten. Darüber hinaus wäre es zweckmäßig, weitere 10 Mill. t stillzulegen, wenn aus Gründen der Verbesserung der Gesamtkostenlage des Steinkohlenbergbaus die Förderung stärker als bisher auf die kostengünstig fördernden Zechen verlagert werden soll. Hierdurch würde eine Erhöhung der gegenwärtigen Kapazitätsauslastung um etwa 10 vH erreicht werden. Da diese Konzentrierung bislang nicht in dem erforderlichen Ausmaß erfolgt ist, wurden zwangsläufig eine Reihe kostengünstig fördernder Zechen durch eine verminderte Kapazitätsauslastung in ihrer Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt.

Über einen Zeitraum von 5 Jahren verteilt, bedeutet eine Stilllegung von 40 Mill. t eine jährliche Stilllegung von 8 Mill. t Förderkapazität. Geht man davon aus, daß bei der Stilllegung von 1 Mill. jato

Steinkohle (einschließlich des Ausfalls der Lastenausgleichsabgabe und unter Einschluß einer „Dringlichkeitsprämie“ sowie aller sozialer Lasten) Kosten von etwa 50 Mill. DM entstehen, würde bis 1970 ein Betrag von 400 Mill. DM je Jahr benötigt werden. Die von der Regierung empfohlene Selbstbeschränkung der Expansion anderer Energieträger — vor allem der Mineralölwirtschaft — müßte dabei synchron verlaufen.

Trotz der durch Stilllegungen erreichbaren relativen Senkung der durchschnittlichen Förderkosten werden aber auch 1970 und danach jährlich 100 Mill. t Steinkohle nur dann absetzbar sein, wenn dem Steinkohlenbergbau Subventionen gewährt werden; es sei denn, die Konkurrenz der ausländischen Energieträger würde durch Importrestriktionen verhindert und somit eine beträchtliche Anhebung des Energiepreisniveaus der Bundesrepublik in Kauf genommen werden. Die Höhe dieser Subventionen hängt überwiegend von den Preisen der Konkurrenzenergien ab. Dem Absatz deutscher Steinkohle (insbesondere von Steinkohlenkoks) bei der *Eisen-schaffenden Industrie*, den Gießereien und den Kalkschachtföfen steht vor allem die amerikanische Kokskohle als Wettbewerbsenergie gegenüber. Der Wettbewerbsvorsprung der US-Kokskohle dürfte nicht unter 10,— DM/t liegen. Dieser Betrag entspricht gegenwärtig etwa dem Preisverhältnis zwischen der US-Kokskohle frei Ruhr (bei langfristigen Abnahmeverträgen) und den Erlösen für deutsche Kokskohle frei Grube.

Der Entwicklung des Steinkohlenabsatzes in der Kraftwirtschaft kommt besondere Bedeutung zu, da er nach den Plänen der Bundesregierung bis 1970 um etwa 10 Mill. t Steinkohle gesteigert werden soll. Allerdings ist bei einem Heizölpreis von 80,— DM/t für schweres Heizöl frei Raffinerie die deutsche Steinkohle (in DM/t SKE) unterlegen. Als ernste Konkurrenten sind aber auch die Braunkohle des linksrheinischen und des Helmstedter Reviers sowie die Kernenergie — beim Einsatz von 600 MW-Einheiten — in Betracht zu ziehen. Aus diesen Gründen ist für den Bereich der Kraftwirtschaft mit der Sicherung des genannten zusätzlichen Absatzes von 10 Mill. t, unter besonderer Berücksichtigung der Heizölpreise, eine Subvention von 15,— DM/t erforderlich. Dies scheint auch den Vorstellungen der Bundesregierung zu entsprechen.

Der wirtschaftliche Einsatz von Subventionen zugunsten der Steinkohlenverstromung verlangt andererseits, daß der Zuwachs der Verstromung möglichst in der Nähe der Steinkohlenreviere begünstigt wird, da sich mit zunehmender Entfernung von den Steinkohlenrevieren schlechtere Wettbewerbsverhältnisse gegenüber anderen Energieträgern ergeben. Im Ruhrrevier zeigte sich aber, daß die Einspeisung der Steinkohlen-Zechenkraftwerke in das öffentliche Netz 1965 gegenüber 1964 um knapp 1,1 Mrd. kWh zurückgegangen ist. Überdies wird eine Verringerung der Steinkohlenförderung dazu führen, daß der Stromverbrauch der Steinkohlenzechen allenfalls konstant bleibt. Kapazitätserweiterungen der bestehenden Zechenkraftwerke sind aus diesem Grunde wenig wahrscheinlich. Vielmehr

könnte künftig „subventionierte“ Steinkohle, die bei den Stromerzeugungs- und Verteilungsunternehmen in Reviernähe eingesetzt wird, nicht subventionierte, von Zechenkraftwerken eingesetzte Steinkohle ersetzen. Es wird daher praktisch kaum möglich sein, den Basisverbrauch von der Subventionierung der Steinkohlenverstromung auszuschließen. Gleichartige „Abgrenzungsschwierigkeiten“ ergeben sich beim Ersatz alter, unrationeller Kraftwerksanlagen durch neue.

Wird jedoch der genannte Mehrabsatz, der bei einer Beschränkung der Subventionen auf die „zusätzliche“ Verstromung schwerlich als gesichert gelten kann, unterstellt, so ergeben sich von 1970 an folgende jährliche Subventionsbeträge:

	Mill. DM/Jahr
a) Inlandsabsatz deutscher Steinkohle für Kokserzeugung 26 Mill. t (Subvention 10,— DM/t)	260
b) Steinkohle für zusätzliche Stromerzeugung 10 Mill. t (Subvention 15,— DM/t)	150
Inlandssubvention	410
c) Exportsubvention 23 Mill. t (Subvention 10,— DM/t)	230
Insgesamt	640

Hierbei ist der Verbrauch in dem Bereich „Übrige Verbraucher“ nicht berücksichtigt worden, der wegen der schwer meßbaren Substitutionsvorgänge im Sektor Haushalt und Kleinverbrauch auch etwas höher liegen könnte. Mit einer Summe von jährlich 410 Mill. DM, die für die Subventionierung des Inlandsabsatzes veranschlagt wird, wird sich jedoch wegen der erwähnten Probleme, die mit der Erhöhung des Steinkohlenabsatzes im Kraftwerksbereich entstehen, das Förderziel schwerlich erreichen lassen. Die Subventionierung des „bisherigen Steinkohlenverbrauchs“ in der Kraftwirtschaft erhöht allerdings den Betrag der Inlandssubventionen je Jahr. Die Anwendung der hydromechanischen Kohlegewinnung mit anschließender Verfeuerung der anfallenden Kohle-Wasser-Suspension kann sich aber möglicherweise günstig auf den Steinkohlenabsatz in der Elektrizitätswirtschaft auswirken; allerdings kann die Wirtschaftlichkeit dieses Verfahrens und damit die Frage der Subventionsnotwendigkeiten in diesem Bereich derzeit noch nicht ausreichend beurteilt werden.

Offen ist ebenfalls das Problem der Exportsubventionierung. Hier müßte geprüft werden, ob sich eine gemeinschaftliche Regelung innerhalb der Montanunion finden läßt, ob also z. B. zumindest für diesen Bereich eine Bereitschaft zur Abnahme „unsubventionierter“ Kohle erreicht werden kann.

Die Konsolidierung des deutschen Steinkohlenbergbaus — in der ersten Phase durch Stilllegungen, in der zweiten durch Subventionierung der verbleibenden Förderung — erfordert jedoch auf alle Fälle hohe staatliche Hilfen. Besonders von 1970 an würde sich nach dieser Konzeption ein erheblicher Jahresbetrag ergeben. Durch die weitere Erhebung der Heizölsteuer über das Jahr 1969 hinaus ließen sich aber diese Hilfen ohne große Schwierigkeiten finanzieren.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5 u. 53 Bonn, Koblenzer Str. 170
Präsident: Prof. Dr. Dr. h. c. Ferdinand Friedensburg. Abteilungsleiterkollegium: Dr. Klaus Dieter Arndt, Dr. Dieter Hiß, Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Dr. Rolf Krenzel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Herbert Martell, Dr. Dieter Mertens, Dr. Horst Seidler, Prof. Dr. Joachim Tiburtius.

Schriftleitung: Dr. Horst Seidler, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5. Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Gustav Ahrens, Buch- und Kunstdruckerei, 1 Berlin 36, Glogauer Straße 19. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany. Bezugspreis für den Jahrgang DM 32,—, halbjährlich DM 17,—, vierteljährlich DM 9,—

Gegenstand *)	Einheit †)	1965												1966		
		Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	
Anzahl der Werktage		.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
Kredite an Nichtbanken ¹²⁾																
Zentralbanksystem	Mill. DM	E	3760	2919	3576	4198	3562	4085	3728	3255	3467	4074	4786	3768	4013	
Kreditbanken	"	"	66878,8	67971,1	68045,8	69173,8	71718,9	71400,5	70972,5	71995,2	71775,8	71871,9	74008,8	73304,2	73773,7	
an Wirtschaft u. Private	"	"	55170,4	55881,4	55896,7	56731,2	58920,4	58992,6	59095,6	60139,6	59764,6	59493,5	61428,9	60603,5	61311,0	
kurzfristige Kredite	vH	"	63,0	62,8	62,5	62,3	63,5	62,7	62,0	62,2	61,8	61,4	62,3	61,7	61,9	
dar. Wechselkredite	"	"	27,3	26,8	26,9	26,9	26,9	26,9	26,4	25,5	25,6	25,6	27,1	26,0	25,7	
mittelfristige Kredite	"	"	16,1	16,2	16,3	16,6	16,2	16,9	17,3	17,2	17,3	17,5	17,0	17,3	17,2	
langfristige Kredite	"	"	20,9	21,0	21,2	21,1	20,3	20,4	20,7	20,6	20,9	21,1	20,7	21,0	20,9	
an öffentl.-rechtl. Körperschaften	Mill. DM	"	2555,9	2587,9	2657,1	2585,7	2657,5	2619,9	2651,7	2671,3	2691,2	2760,9	2688,9	2755,5	2794,3	
Wertpap. u. Konsortialbeteiligung	"	"	9152,5	9501,8	9492,0	9876,9	10141,0	9788,0	9225,2	9184,3	9320,0	9617,5	9891,0	9945,2	9968,4	
Übrige Kreditinstitute ¹⁾	"	"	210041,6	212587,5	214970,8	217520,6	219546,2	221975,0	224021,8	226592,1	229100,8	231347,3	234197,6	235814,1	238011,4	
an Wirtschaft u. Private	"	"	145051,3	146778,5	148219,3	149844,7	151664,0	152804,2	154419,3	156507,2	158157,1	159865,0	161931,9	162587,0	164049,8	
kurzfristige Kredite	vH	"	17,2	17,4	17,3	17,3	17,7	17,2	17,0	17,5	17,4	17,2	17,6	17,4	17,5	
dar. Wechselkredite	"	"	5,8	5,9	6,0	6,0	5,9	6,0	6,1	6,1	6,1	6,1	6,1	6,0	6,1	
mittelfristige Kredite	"	"	8,7	8,7	8,8	8,9	8,9	9,0	9,0	9,0	9,0	9,1	9,1	9,0	9,0	
langfristige Kredite	"	"	74,1	73,9	73,9	73,8	73,4	73,8	74,0	73,5	73,6	73,7	73,3	73,6	73,5	
an öffentl.-rechtl. Körperschaften	Mill. DM	"	38225,9	38593,1	39154,8	39602,4	39705,0	40649,5	41095,8	41450,9	42283,4	42831,1	43923,2	44792,7	45411,5	
Wertpap. u. Konsortialbeteiligung	"	"	26764,4	27215,9	27596,7	28073,5	28187,2	28521,3	28506,9	28634,0	28659,8	28651,2	28942,5	28434,4	28550,1	
Bargeldumlauf und Bank-einlagen ¹²⁾																
Bargeldumlauf außerhalb der Kreditinstitute	Mill. DM	E	28345	28244	29059	29092	29121	29943	29208	29453	29658	30036	29556	28877	292518	
Sicht- u. Termineinlagen, ges. ¹¹⁾	"	"	73136	72427	72283	75291	75190	73624	74450	74714	74574	76068	78960	76141	76551	
von Wirtschaft und Privaten	"	"	54991	54203	55772	57598	56908	56809	57037	56228	58076	59588	61932	59846	59587	
Sichteinlagen	vH	"	69,4	70,3	70,1	70,7	71,9	72,4	72,7	72,6	72,5	72,8	71,5	69,6	69,0	
Termineinlagen	"	"	30,6	29,7	29,9	29,3	28,1	28,1	27,6	27,4	27,5	27,2	28,5	30,4	31,0	
von deutschen öffentl. Stellen ¹¹⁾	Mill. DM	"	18145	18224	16511	17693	18282	16815	17413	18486	16498	16480	17028	16495	16964	
Sichteinlagen bei Kreditinsti- aufw. d. Zentralbanksystems	vH	"	26,9	25,3	25,2	26,3	27,5	26,1	27,4	26,8	26,7	30,8	34,6	28,1	29,0	
Sichteinlagen beim ZBS ¹¹⁾	"	"	17,8	21,4	17,9	16,9	19,6	18,5	16,0	23,3	19,6	14,7	12,7	16,0	17,8	
ERP-Sondervermögen	Mill. DM	"	55,3	53,3	56,9	56,8	52,9	55,4	56,6	49,9	53,7	54,5	52,7	55,9	53,2	
Spareinlagen	"	"	270	257	112	232	131	407	303	430	216	159	63	320	259	
	"	"	96954	98248	99180	100341	101190	102217	102744	103574	104876	105452	109758	111491	112807	
Deutsche Bundesbank																
Gold und Devisen, gesamt	Mill. DM	E	29628,6	30281,9	30099,7	29442,7	29126,0	29229,3	28812,2	29196,4	29374,4	29574,9	29718,5	29072,7	28828,9	
Gold	"	"	16738,2	16707,6	16708,4	17245,2	17245,8	17266,2	17260,4	17294,4	17351,8	17357,8	17371,1	17372,2	17356,1	
Guthaben bei ausländ. Banken	"	"	12373,9	13023,6	12877,8	11666,5	11286,9	11331,7	10930,1	11265,1	11337,6	11481,8	11455,2	10801,8	10555,9	
Sorten, Wechsel, Schecks	"	"	516,5	550,7	513,5	531,0	593,3	631,4	621,7	636,9	685,0	735,3	892,2	898,7	916,9	
Wertpapiermarkt																
Absatz an festverz. Schuldver-schreibungen und Aktien ²⁾	Mill. DM	S	1804,3	1653,2	1471,3	1441,4	1860,7	2087,4	1213,9	824,1	1380,3	1358,5	1815,2	2070,4	1102,2	
Pfandbriefe	vH	"	24,6	29,5	25,3	16,6	14,9	19,4	19,4	36,1	25,1	21,8	26,6	23,8	19,0	
Kommunalobligationen	"	"	21,2	17,4	23,3	13,9	20,2	24,6	21,1	29,8	11,2	18,3	18,3	19,9	24,9	
Öffentliche Anleihen	"	"	0,6	7,2	30,7	26,0	18,5	30,3	5,0	7,0	23,6	25,6	16,4	19,8	19,7	
Industrieobligationen	"	"	—	7,0	—	—	14,5	—	—	—	—	3,7	—	—	—	
Aktien	"	"	16,0	4,7	6,2	22,7	22,3	8,5	44,9	12,8	16,0	5,2	18,3	17,3	19,8	
Kursdurchschnitt ³⁾	31.12.53	"	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Aktien ⁴⁾	= 100	D	549	537	534	521	508	503	511	511	496	483	476	491	499	
5%ige Pfandbriefe	vH	"	119,71	119,60	119,41	118,29	116,53	114,92	113,69	113,14	110,58	110,32	110,36	110,55	110,64	
5%ige Kommunalobligationen	"	"	118,43	118,40	118,16	117,65	116,71	115,06	113,72	113,88	110,91	110,15	110,29	110,49	110,54	
5 1/2%ige Pfandbriefe	"	"	121,35	121,11	120,65	119,51	117,66	115,40	114,24	113,88	111,34	111,55	111,41	111,43	111,48	
Finanzen																
Kassenmäßige Einnahm. aus Steuern des Bundes und der Länder ⁶⁾	Mill. DM	S	5307,9	5579,4	5480,6	5969,6	10306,2	5969,2	6717,8	10247,9	6381,4	6540,3	11893,2	7329,8	5736,8	
Einkommen- u. Körperschaftst. ⁶⁾	"	"	1616,8	5738,9	1593,1	1686,6	6272,7	1936,2	1998,9	6240,5	2026,7	1915,0	7309,1	2701,5	1802,3	
Lohnsteuer	"	"	1212,1	842,9	1001,8	1092,9	1135,7	1329,5	1445,3	1551,7	1652,4	1581,6	1867,7	1970,0	1269,5	
Veranl. Einkommenst.	"	"	233,4	3038,6	400,1	356,5	3083,5	334,2	245,1	2926,5	210,8	192,1	3429,6	417,7	324,8	
Körperschaftsteuer	"	"	114,3	1763,2	117,9	127,7	1722,5	118,6	86,5	1729,6	94,5	96,8	1957,3	163,7	133,3	
Umsatzsteuer	"	"	1681,0	1660,1	1924,6	2002,2	1951,1	1988,0	2154,8	1939,1	2181,8	2155,8	2222,6	2550,6	1755,1	
Zölle und Verbrauchst.	"	"	1247,2	1637,2	1458,0	1441,3	1627,6	1561,9	1719,9	1595,8	1725,5	1564,3	1849,6	1564,0	1322,8	
Lastenausgleichsabgaben ⁷⁾	"	"	332,5	47,1	70,7	333,4	36,2	53,4	303,2	33,2	68,1	259,0	56,8	35,2	313,5	
Außenhandel																
Einfuhr, insgesamt	Mill. DM	S	4988	5966	5584	5916	5937	6038	5499	6169	6264	6338	6423	5786	5587	
Ausfuhr, insgesamt	"	"	5413	6508	5586	6176	5629	6141	5189	5922	6331	6229	7070	5970	5960	
Saldo ⁸⁾	"	"	+ 425	+ 542	+ 2	+ 260	— 308	+ 103	— 310	— 247	+ 67	— 109	+ 647	+ 184	+ 373	
Einfuhrvolumen ⁹⁾	"	"	5191	6141	5721	6067	6043	6178	5655	6364	6398	6445	6548	5855	5664	
Ausfuhrvolumen ⁹⁾	"	"	5275	6343	5459	6010	5494	5896	5029	5794	6180	6032	6807	5723	5696	
Terms of Trade ¹⁰⁾	1960-100	D	106,8	105,7	105,1	105,5	104,5	106,6	106,4	105,7	104,6	105,1	105,9	105,6	106,0	
Einfuhr																
Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. DM	S	1048	1336	1252	1353	1423	1405	1409	1519	1544	1674	1716	1402	1301	
Rohstoffe	"	"	880	931	918	978	977	937	950	960	914	955	1004	1042	943	
Halbwaren	"	"	788	880	875	876	967	961	847	906	910	899	928	825	809	
Fertigwaren	"	"	2232	2771	2496	2653	2515	2658	2243	2720	2824	2743	2708	2471	2475	
davon: Vorzeugnisse	"	"	791	907	850	901	894	941	799	884	896	919	864	827	850	
Enderzeugnisse	"	"	1441	1864	1646	1752	1621	1717	1444	1836	1928	1824	1844	1644	1625	
Ausfuhr																
Güter der Ernährungswirtschaft	"	"	153	197	167	157	188	152	145	163	171	185	192	173	140	
Rohstoffe	"	"	172	205	192	219	208	216	208	230	237	232	239	223	207	
Halbwaren	"	"	475	572	467	488	512	518	494	530	537	548	580	559	518	
Fertigwaren	"	"	4591	5510	4735	5286	4741	5227	4920	4976	5359	5239	6023	4994	5072	
davon: Vorzeugnisse	"	"	1013	1215	1024	1127	1067	1119	1043	1127	1158	1139	1264	1113	1074	
Enderzeugnisse	"	"	3578	4295	3711	4159	3674	4108	3277	3849	4201	4100	4759	3881	3998	

*) Sämtliche Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet einschl. Berlin (West).

† S = Monatssumme, E = Monatsende, D = Monatsdurchschnitt. — Kursive Zahlen: Vorläufig oder geschätzt. — *) Berichtigte Zahl.

¹⁾ Einschl. Postsparkassen- und Postscheckämter, K. f. W. und Finag und Teilzahlungsinstitute. Ohne ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1953 unter 0,5 Mill. DM lag. — ²⁾ Einschl. des Absatzes an Investitionshilfegläubiger. — ³⁾ Aus den Kursnotierungen an den Bankstichtagen errechnet. — ⁴⁾ Kursdurchschnitt aus 430 ausgewählten Aktien. — ⁵⁾ Unter Einbeziehung der Lastenausgleichsabgaben. — ⁶⁾ Einschl. des Notopfers Berlin. — ⁷⁾ Vermögensabgabe, Hypothekengewinnabgabe, Kreditgewinnabgabe. — ⁸⁾ Einfuhrüberschuß —, Ausfuhrüberschuß +. — ⁹⁾ Mengen bewertet mit Durchschnittswerten des Jahres 1960. — ¹⁰⁾ Verhältnis der Durchschnittswerte der Einfuhr zu den Durchschnittswerten der Ausfuhr. — ¹¹⁾ Einschl. der bei der Bundesbank unterhaltenen Einlagen des ERP-Sondervermögens. — ¹²⁾ Ab Jan. 1963 wurde die Berichtspflicht für die ländlichen Kreditgenossenschaften neu festgesetzt.

Gegenstand	Ge- biet	Einheit†)	1965												1966		
			Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März
Anzahl der Werktage			20,7	20,8	23,8	20,8	20,8	20,8	23,0	22,8	22,8	22,0	21,4	22,8	21,5	20,8	23,8
Verkehrsindizes																	
Personenverkehr, kalendertägl.																	
Dtsch. Bundesbahn, bef. Pers.	BRD	1962 = 100	TD	101	99	95	97	101	92	95	91	100	93	94	89	.	.
Straßenbahnen, " " " " " "	"	"	"	83	87	86	82	84	80	78	70	82	83	86	85	.	.
Omnib., Ortslinien, " " " " " "	"	"	"	108	113	111	107	108	105	102	97	108	110	117	117	.	.
Überlandl. " " " " " "	"	"	"	109	114	111	104	108	104	99	96	109	110	119	111	.	.
Gelegenheit " " " " " "	"	"	"	52	67	65	61	116	134	139	124	137	105	72	64	.	.
Güterverkehr, kalendertägl.																	
Dtsch. Bundesbahn, bef. Güter	BRD	1962 = 100	TD	93	96	94	98	95	98	99	97	104	110	109	98	.	.
Binnenschiffahrt, " " " " " "	"	"	"	98	99	97	114	116	117	122	122	128	121	118	102	.	.
Seeschiffahrt, Gütermotorschiff	"	"	"	114	111	116	119	122	125	120	126	126	124	118	129	.	.
Fernverk. m. Lkw ¹⁾ , bef. Güter	BRD	"	S	99	99	115	118	122	122	124	126	134	135	125	114	104	.
Nachrichtenverkehr ²⁾	BRD	"	S	.	.	.	.	107	105	105	103	109	109	119	127	110	105
Deutsche Seefrachten	BRD	"	S	.	.	.	.	107	105	105	103	109	109	119	127	110	105
Linienfahrt	BRD	2.Hj.54=100	D	189	139	140	142	142	142	143	142	143	144	144	145	147	147
Trampfahrt	"	"	"	84	86	86	85	87	85	84	86	89	89	89	93	90	91
Tankerfahrt	"	Mot/Se.-100	"	74	66	54	42	41	50	41	57	44	59	78	102	102	77
Verkehrsleistungen																	
Personenverkehr																	
Dtsch. Bundesbahn ³⁾ , bef. Pers.	BRD	1000	S	97969	86560	92191	91546	98101	86313	92590	88414	94140	90504	88295	86400	.	.
Pkm	"	Mill.	"	2715	2587	2814	3043	3466	3692	4407	4028	3293	2987	2679	3096	.	.
Straßenbahnen ⁴⁾ , bef. Pers.	"	1000	"	225972	213475	233683	216642	227023	211476	210692	190600	214447	225657	226078	232300	214465	204500
Pkm	"	Mill.	"	1077	1017	1116	1035	1081	1017	1008	915	1024	1081	1086	1107	1034	961
Omnibusse ⁵⁾ , bef. Pers.	"	1000	"	312045	294973	318959	292919	313024	293868	293426	280800	306332	317578	328548	328500	325099	308300
Pkm	"	Mill.	"	2655	2585	2831	2749	3556	3755	3982	3712	3823	3324	2949	2846	2867	2776
Luftfahrt ⁶⁾ , Fluggäste	BRD	1000	"	829	825	976	1263	1424	1561	1616	1653	1683	1481	975	1000	1029	879
Güterverkehr																	
Dtsch. Bundesb. ⁷⁾ , bef. Güter	BRD	1000 t	S	25176	23529	25508	25611	25817	25696	26957	26384	27236	29817	28693	26673	.	.
Tarif-tkm	"	Mill.	"	4602	4217	4876	4821	4938	4986	5325	5094	5325	5573	5196	5093	.	.
Güterwagengestellg.	"	1000	"	1395	1362	1572	1498	1511	1480	1580	1502	1589	1702	1609	1494	.	.
Binnenschiffahrt ⁸⁾ , bef. Güter	"	1000 t	"	14220	13010	14167	16071	16893	16544	17809	17782	18092	17646	16647	14871	.	.
tkm	"	Mill.	"	3132	2926	3097	3629	3838	3817	4058	4053	4077	3859	3587	3217	.	.
Seeschiffahrt ⁹⁾ , bef. Güter	"	1000 t	"	8325	7286	8444	8371	8872	8778	8692	9140	8789	8996	8303	9358	.	.
Fernverk. m. Lkw ¹⁾	BRD	1000 t	"	9047	9020	10550	10764	11174	11163	11303	11534	12260	12306	11463	10448	9530	.
Tarif-tkm	"	Mill.	"	2290	2299	2657	2627	2759	2709	2842	2765	2976	3009	2853	2604	2418	.
Luftfahrt ⁶⁾ , Fracht und Post	"	t	"	18095	19310	21723	20872	20099	20044	21578	19738	23087	23979	23098	26328	22083	22326
Nachrichtenverkehr																	
Briefsendungen	BRD	Mill.	S	714	727	854	843	776	765	753	743	823	819	876	1001	747	694
Paketsendungen	"	"	"	21	22	26	26	24	21	22	20	25	27	34	42	21	22
Telefongespräche	"	"	"	.	.	.	524	530	515	530	510	513	509	577	548	592	591
Neuzulassgn. v. Kraftfahrzeugen	BRD	Stück	S	35038	127610	194993	201987	163653	153397	139156	109787	146165	160111	131424	115936	109483	141223
dar. Personenkraftwagen ¹⁰⁾	"	"	"	81007	111348	170152	178904	143715	134145	122066	94535	127210	139811	114876	99881	96057	123139
Einzelhandelsumsätze																	
Gesamter Einzelhandel	BRD*)	1954 = 100	S	186	180	215	237	218	209	232	199	216	249	272	336	.	.
Nahrungs- und Genußmittel	"	"	"	174	175	194	214	192	199	217	195	196	209	207	271	.	.
Bekleidung und Wäsche	"	"	"	186	147	195	236	219	194	229	165	189	261	301	337	.	.
Hausrat und Wohnbedarf	"	"	"	202	201	230	234	228	218	249	230	251	276	313	413	.	.
sonstiger Einzelhandel	"	"	"	204	218	260	272	253	241	255	231	247	264	291	392	.	.
Grundstoffpreise																	
Grundstoffe insgesamt	BRD	1958 = 100	D	104,7	105,1	105,6	105,7	105,9	106,2	105,4	106,2	106,8	107,1	107,2	107,6	107,8	108,9
Grundst. inländischer Herkunft	"	"	"	106,1	106,6	107,3	107,4	107,6	108,0	107,2	108,1	108,9	109,2	109,2	109,6	109,6	110,8
ausländischer	"	"	"	97,1	96,7	95,9	96,0	95,9	95,4	95,0	95,0	94,8	95,2	95,7	96,2	97,3	97,9
Grundst. landwirtschaftl. Herk.	"	"	"	107,8	107,8	108,4	108,6	108,5	109,8	108,7	110,3	111,7	111,9	111,9	112,0	111,4	113,2
industrieller	"	"	"	102,7	103,4	103,7	103,9	104,1	103,7	103,2	103,5	103,6	104,0	104,2	104,8	105,4	106,0
Erzeugerpreise																	
Industrielerzeugnisse insgesamt	BRD	1962 = 100	D	103,0	103,4	103,5	103,8	104,0	104,0	104,1	104,2	104,4	104,7	104,6	104,8	105,3	105,7
Grundst.- und Prod.-güterind.	"	"	"	100,8	101,7	101,9	102,4	102,7	102,4	102,2	102,3	102,4	102,6	102,4	102,8	103,5	104,5
Investitionsgüterindustrien	"	"	"	103,9	104,0	104,2	104,4	104,6	104,7	104,8	104,7	104,9	105,0	105,1	105,4	105,7	106,0
Verbrauchsgüterindustrien	"	"	"	104,9	105,2	105,3	105,4	105,6	105,8	106,0	106,3	106,6	106,9	107,0	107,2	107,7	108,1
Nahrungs- u. Genußmittelind.	"	"	"	102,5	102,7	102,8	102,8	102,8	103,1	103,3	103,7	104,1	104,4	104,4	104,6	107,0	105,3
Landwirtschaftliche Produkte	"	61/62 - 62/63 = 100	"	107,6	107,3	109,4	109,9	110,8	114,3	113,4	112,8	114,2	114,5	115,4	117,1	113,5	114,6
insgesamt	"	"	"	107,6	107,3	109,4	109,9	110,8	114,3	113,4	112,8	114,2	114,5	115,4	117,1	113,5	114,6
Einzelhandelspreise																	
Insgesamt	BRD*)	1958 = 100	D	114	114	114	115	115	116	117	116	116	116	117	118	118	119
Lebensmittel	"	"	"	112	112	113	113	114	116	118	116	115	115	116	117	118	119
Textilwaren und Schuhe	"	"	"	112	112	112	113	113	113	113	113	114	114	115	115	115	116
Hausrat und Wohnbedarf	"	"	"	115	116	116	117	117	117	117	117	117	118	118	118	119	119
Preisindex f. d. Lebenshaltg.																	
Gesamt ¹¹⁾	BRD	1962 = 100	D	107,0	107,1	107,5	107,8	108,5	109,5	110,1	109,6	109,5	109,7	110,3	110,9	111,5	111,7
Nahrungs- u. Genußmittel	"	"	"	106,4	106,2	106,9	107,3	108,6	110,6	111,8	110,1	109,4	109,2	110,2	111,3	111,6	111,5
Kleidung, Schuhe	"	"	"	105,6	105,9	106,2	106,5	106,7	106,8	107,0	107,1	107,5	108,1	108,5	108,7	109,2	109,4
Wohnungsmiete	"	"	"	116,2	116,4	116,6	117,6	117,7	117,9	118,5	119,2	119,6	120,7	120,9	121,0	125,4	126,3
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	"	"	"	106,3	106,4	106,3	104,4	104,2	105,0	105,3	105,7	106,4	107,3	107,6	107,7	107,9	108,0
Sonst. f. Haushaltsführung ¹²⁾	"	"	"	104,8	105,1	105,2	105,4	105,9	106,5	106,6	106,8	107,1	107,2	107,5	107,7	107,7	107,8
Waren und Dienstleistungen																	
für Verkehr, Nachrichtenüb.	"	"	"	106,0	106,1	106,6	106,7	106,7	106,8	106,8	107,4	107,4	107,4	107,5	107,6	107,6	109,5
Körper- u. Gesundheitspflege	"	"	"	107,6	108,0	108,2	108,4	108,6	108,8	109,0	109,2	109,5	110,2	110,9	111,8	112,8	113,2
Bildung u. Unterhaltung	"	"	"	104,4	105,1	105,5	105,9	106,5	106,5	106,6	106,5	106,7	107,1	107,1	107,5	107,8	108,0
Persönl. Ausstattung; sonstige	"	"	"	.	.												

Gegenstand	Einheit ¹⁾		1965												1966		
			Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März
Ver. St. v. Amerika																	
Bruttosozialprodukt . . .	Mrd. \$	V ¹⁵⁾	.	.	657,6	.	.	668,8	.	.	681,5	.	.	697,2	.	.	714,1
Privater Verbrauch . . .	"	" ¹⁶⁾	.	.	416,9	.	.	424,5	.	.	432,5	.	.	441,0	.	.	452,6
Bruttoinvestition, privat einschl. Außenbeitrag . . .	"	" ¹⁵⁾	.	.	109,4	.	.	110,8	.	.	113,6	.	.	117,2	.	.	117,9
Öffentlicher Bedarf . . .	"	" ¹⁶⁾	.	.	131,3	.	.	133,5	.	.	135,4	.	.	139,0	.	.	143,6
Erwerbstätige ¹⁾ . . .	1000	E	68996	69496	70169	71070	72407	73716	74854	74212	72446	73196	72837	72749	71229	71551	72023
Arbeitslose . . .	"	E	3996	4218	3740	3552	3335	4287	3602	3258	2875	2757	2966	2888	3290	3158	3037
Ind. Produktion ²⁾ . . .	1957/59 = 100	D	138,6	139,2	140,7	140,9	141,6	142,7	144,2	144,5	143,5	145,1	146,4	148,7	150,0	151,4	152,9
Lagerhaltung verb. Ind. ³⁾ . . .	Mrd. \$	E	63,21	63,38	63,71	64,00	64,26	64,63	65,39	65,79	66,27	66,64	67,19	68,02	68,59	69,02	.
Außenh., Generaleinfuhr . . .	Mill. \$	S	1138	1489	1999	1821	1720	1878	1636	1729	1795	2004	1953	2130	1801	1806	.
" Generalausfuhr . . .	"	E	1231	1576	2942	2585	2398	2308	2212	2161	2134	2412	2472	2576	2105	2264	.
Goldbestand . . .	"	E	15258	14984	14687	14472	14358	14277	13924	13858	13858	13857	13845	13799	13733	13730	13634
Konsumkredite ⁴⁾ . . .	"	S	59342	59363	59788	60803	61739	62790	63609	64393	64846	65368	66012	67406	67157	67129	.
Emissionen ⁵⁾ . . .	"	E	2533	3997	3003	3050	3160	4297	2936	2354	3029	2661	26340	2948	3084	.	.
Aktienkurse (500 Aktien) ⁶⁾ . . .	1941/43 = 10	D	86,12	86,75	86,83	87,97	89,28	85,04	84,91	86,49	89,38	91,39	92,15	91,73	93,32	92,69	88,88
Rendite öff. Anleihen . . .	%	S	4,14	4,16	4,15	4,15	4,14	4,14	4,15	4,19	4,25	4,27	4,34	4,43	4,43	4,61	4,63
Staateinnahmen . . .	Mill. \$	S	6387	11227	13065	10492	11857	15306	4981	11595	12599	4283	10728	10838	7091	12400	.
Staatsausgaben . . .	"	S	9109	9606	9566	10476	10567	11535	9696	12299	11090	10518	12312	11121	11233	11264	.
Großhandelspreise ⁷⁾ . . .	1957/59 = 100	D	101,0	101,2	101,3	101,7	102,1	102,8	102,9	103,0	103,3	103,5	104,1	104,6	105,4	105,4	105,4
Lebenshaltungskosten ⁷⁾ . . .	"	M	108,9	108,9	109,0	109,3	109,6	110,1	110,2	110,0	110,2	110,4	110,6	111,0	111,0	111,6	112,0
Großbritannien																	
Bruttosozialprodukt . . .	Mill. £	V	.	.	7195	.	.	7560	.	.	7621	.	.	7961	.	.	.
Privater Verbrauch . . .	"	"	.	.	5275	.	.	5634	.	.	5742	.	.	6002	.	.	.
Bruttoinvestition einschl. Außenbeitrag . . .	"	"	.	.	1459	.	.	1427	.	.	1361	.	.	1622	.	.	.
Öffentlicher Verbrauch . . .	"	"	.	.	1413	.	.	1471	.	.	1478	.	.	1538	.	.	.
Erwerbstätige ¹⁾ . . .	1000	E	24383	24378	24364	24359	24426	24455	24506	24610	24595	24577	24916	24915	23092	23090	.
Registrierte Arbeitslose . . .	"	E	376,4	367,9	372,1	341,2	306,9	267,1	280,6	339,1	315,3	317,0	321,2	332,0	349,7	339,4	314,2
Ind. Produktion ²⁾ . . .	1958 = 100	D	132	137	137	129	136	131	120	116	132	137	139	132	133	137	.
Außenh., Spezialeinfuhr . . .	Mill. £	S	480	405	510	474	506	485	495	454	484	488	500	498	524	472	.
" Spezialeinfuhr . . .	"	E	369	882	412	420	408	415	435	368	381	407	461	434	393	428	.
Gold- u. Devisenreserven . . .	Mill. \$	E	2299	2363	2330	2352	2859	2792	2652	2584	2755	2873	2988	3004	3018	3648	3573
Emissionen ⁵⁾ . . .	Mill. £	E	38,4	59,1	87,6	47,7	47,2	73,3	79,0	57,7	69,7	57,5	121,9	69,6	79,0	120,6	167,0
Aktienkurse (Fin. Times) . . .	1935 = 100	D	337,3	347,7	334,9	339,5	350,2	331,3	317,6	322,6	329,7	345,3	350,3	341,5	345,4	355,0	347,9
Rendite öff. Anleihen . . .	%	S	6,28	6,30	6,32	6,44	6,57	6,65	6,67	6,54	6,24	6,26	6,31	6,44	6,44	6,50	6,66
Staateinnahmen . . .	Mill. £	S	.	.	3072	.	.	1671	.	.	2108	.	.	.	.	.	.
Staatsausgaben . . .	"	S	.	.	2261	.	.	1870	.	.	2056	.	.	.	.	.	.
Großhandelspreise industrieller Güter ¹⁰⁾ . . .	1954 = 100	D	127,9	128,3	128,6	128,9	129,2	129,3	129,6	130,0	130,1	130,2	130,5	130,7	130,9	131,1	131,2
Lebenshaltungskosten ¹¹⁾ . . .	16. 1. 1962 = 100	"	109,5	109,5	109,9	112,0	112,4	112,7	112,7	112,9	113,0	113,1	113,6	114,1	114,3	114,4	114,6
Frankreich																	
Arbeitslose . . .	1000	E	125,9	156,3	158,5	153,0	141,8	133,4	122,3	118,8	122,6	136,2	147,3	155,7	159,5	171,3	167,3
Ind. Produktion . . .	1959 = 100	D	137	137	147	144	141	146	128	91	141	150	150	159	147	146	.
Außenh., Spezialeinfuhr . . .	Mill. NF	S	4030	3945	4604	4442	4307	4274	4083	3354	4001	4392	4572	5048	4432	4616	5422
" Spezialeinfuhr . . .	"	E	3396	3861	4523	4146	4215	4064	4331	3214	4069	4524	4423	4956	3825	4315	5051
Gold- u. Devisenreserven . . .	Mill. \$	E	5172	5254	5316	5367	5341	5350	5336	5346	5381	5381	5419	5459	5468	5503	5571
Aktienkurse (124 Ind.-Akt.) . . .	31. 12. 58 = 100	D	75,3	73,0	76,2	75,2	74,1	70,7	68,6	71,1	70,5	68,5	67,8	70,6	77,0	74,1	71,1
Rendite öff. Anleihen . . .	%	S	5,08	5,39	5,30	5,31	5,47	5,25	5,98	5,22	5,29	5,25	5,19	5,14	5,23	5,30	.
Großhandelspreise (319 W.) . . .	1949 = 100	"	201,4	201,0	200,8	203,4	199,6	198,8	199,2	200,1	201,3	203,3	204,3	205,9	206,1	206,4	.
Lebenshaltungskosten ¹²⁾ . . .	1962 = 100	"	109,8	109,9	110,2	110,4	110,7	112,5	111,5	111,2	111,5	111,7	111,9	112,3	112,7	112,9	113,1
Italien																	
Arbeitslose . . .	1000	E	602	.	452	.	.	432	.	.	394	.	.	.	.	.	.
Ind. Produktion . . .	1953 = 100	D	238,7	237,7	225,0	225,4	225,8	227,9	227,9	199,1	267,5	272,1	270,2	271,6	263,1	.	.
Außenhandel, Einfuhr . . .	Mrd. Lire	S	341	370	396	372	384	359	393	351	384	401	423	420	447	.	.
" Ausfuhr . . .	"	E	288	350	403	369	365	385	392	345	385	399	407	404	357	.	.
Gold- u. Devisenreserven . . .	Mill. \$	D	3718	3781	3681	3724	3662	3781	3665	3685	3617	3557	3580	3865	3701	3723	3639
Aktienkurse . . .	1958 = 100	E	131	140	156	154	152	144	141	147	145	145	145	156	173	.	.
Rendite öff. Anleihen . . .	%	E	5,73	5,67	5,45	5,61	5,66	5,62	5,83	5,88	5,93	5,86	5,75	5,62	5,26	5,42	.
Großhandelspreise . . .	1953 = 100	D	112,0	112,0	111,9	111,9	112,5	112,5	112,0	112,4	113,2	113,7	113,7	114,3	114,5	114,7	.
Lebenshaltungskosten . . .	"	"	144,8	145,1	145,4	145,6	145,9	146,3	147,1	147,3	147,7	147,7	148,2	148,9	149,3	149,3	.
Niederlande																	
Arbeitslose . . .	1000	E	59,8	57,0	46,2	38,9	33,7	31,0	36,9	35,5	35,7	37,4	44,9	58,5	66,2	67,1	.
Ind. Produktion . . .	1958 = 100	D	148	146	166	158	152	161	149	151	166	176	183	185	.	.	.
Außenh., Spezialeinfuhr . . .	Mill. hfl.	S	2006	2041	2284	2217	2086	2232	2404	1936	2241	2444	2262	2869	2263	.	.
" Spezialeinfuhr . . .	"	E	1727	1768	1922	1830	1812	2002	1966	1585	2158	2149	2016	2213	1810	.	.
Gold- u. Devisenreserven . . .	Mill. \$	E	2075	2094	2069	2083	2036	2010	2042	2053	2065	2088	2120	2058	1970	1975	1997
Emissionen ¹⁵⁾ . . .	Mill. hfl.	S	270,1	296,1	23,5	199,7	131,1	132,9	136,8	329,6	186,5	105,3	149,5	196,4	195,7	160,8	250,0
Aktienkurse . . .	1953 = 100	D	404	407	399	385	386	368	369	369	365	364	353	336	353	.	.
Rendite öff. Anleihen . . .	%	S	4,95	4,84	4,77	4,98	5,18	5,24	5,35	5,32	5,17	5,32	5,56	5,89	5,80	5,81	5,90
Großhandelspreise . . .	1948 = 100	D	154	154	155	156	160	157	155	155	156	157	159	159	.	.	.
Lebenshaltungskosten . . .	1959/60 = 100	M	116	117	119	122	122	123	122	121	123	121	122	123	124	126	.
Belgien																	
Arbeitslose ¹⁴⁾ . . .	1000	D	131	124	75	49	45	41	40	39	39	42	96	104	159	87	75
Ind. Produktion . . .	1958 = 100	"	140	141	166	151	146	147	121	139	155	160	150	159	.	.	.
Außenh., Spezialeinfuhr . . .	Mrd. bfrs.	S	22,8	23,8	27,3	27,8	25,7	25,9	25,3	22,7	27,6	28,0	28,5	30,4	25,0	.	.
" Spezialeinfuhr . . .	"	E	24,1	26,0	28,5	25,5	24,2	27,6	25,7	21,6	29						